

BR/GT I/104 d/71

Travaux Préparatoires EPÜ 1973

Hinweis:

Die Dokumente zu den Travaux Préparatoires EPÜ 1973 stellen lediglich ein internes Arbeitsmittel der Direktion Patentrecht im Europäischen Patentamt dar. Eine Gewähr für Richtigkeit und Vollständigkeit der Dokumente kann daher nicht übernommen werden.

REGIERUNGSKONFERENZ
UEBER DIE EINFUEHRUNG
EINES EUROPÄISCHEN
PATENTERTEILUNGSVERFAHRENS

Brüssel, den 15. Januar 1971
BR/GT I/104/71

- Sekretariat -

UEBERMITTLUNGSVERMERK

Betrifft: Aufzeichnung der niederländischen Delegation über
die Zusammenlegung der Anmeldegebühr und der Recherchegebühr

Die Delegationen der Arbeitsgruppe I erhalten in der
Anlage eine Aufzeichnung der niederländischen Delegation über
die Zusammenlegung der Anmeldegebühr und der Recherchegebühr.

BR/GT I/104 d/71 cs

AUFZEICHNUNG DER NIEDERLAENDISCHEN DELEGATION FUER
DIE ARBEITSGRUPPE I

- I. In Artikel 79 Absatz 1 des Vorentwurfs (Dok. BR/70/70) ist vorgesehen, dass im Anschluss an die in Artikel 77 Absatz 2 vorgeschriebene Prüfung der Anmelder aufgefordert wird, eine Recherchegebühr zu entrichten, bevor der in Artikel 79 Absatz 3 vorgesehene Recherchenbericht des IIB ausgearbeitet wird. Da die Neuheitsrecherche obligatorisch ist, stellt sich die Frage, ob für diese Erschwerung des Verfahrens, die zwangsläufig gewisse Verzögerung mit sich bringt, ein ausreichender Grund besteht. Ist diese Frage mit Nein zu beantworten, so könnte das Verfahren weitgehend erleichtert werden, indem man auf die Erhebung einer getrennten Recherchegebühr verzichtet.

Es ist offensichtlich, dass es sich hier nicht um ein ausschliesslich finanzielles Problem handelt. Die Arbeitsgruppe IV hat nämlich bereits darauf hingewiesen, dass die Abschaffung der Recherchegebühr leicht dadurch ausgeglichen werden könnte, dass die übrigen Gebühren und insbesondere die Anmeldegebühr auf einem entsprechenden Niveau festgesetzt werden, so dass die Gesamteinnahmen unverändert bleiben. Das Problem hat somit keine finanzielle Bedeutung, was erkennen lässt, dass es sich um eine Frage der Methode handelt, die ganz und gar zum Zuständigkeitsbereich der Arbeitsgruppe I gehört.

Die Einführung einer getrennten Recherchegebühr wurde damit begründet, dass die Recherchen einem anderen Organ als dem Europäischen Patentamt, nämlich dem IIB, übertragen würden und dass es wünschenswert wäre, dem Patentamt etwaige finanzielle Komplikationen im Zusammenhang mit den Recherchen zu ersparen. Diese Argumentation ging insbesondere davon aus, dass sich der

Abgabepreis des IIB-Berichts nach den jeweiligen Gestehungskosten richten muss, was jeweils eine Aenderung der Anmeldegebühr erfordern würde, sofern nicht eine getrennte Recherchegebühr vorgesehen würde, die sich ganz nach dem Preis des IIB-Berichts richtet.

Dieses Argument scheint wenig überzeugend. Wenn sich nämlich aufgrund einer bestimmten Entwicklung die Gestehungskosten des IIB-Berichts ändern, so ist nicht anzunehmen, dass sich diese Entwicklung nicht auch auf die Gestehungskosten der Leistungen des Europäischen Patentamtes auswirkt. Es wird daher notwendig sein, alle von diesem Amt erhobenen Gebühren ziemlich oft zu ändern, und es fällt wenig ins Gewicht, dass im Rahmen dieser Aenderung auch die Anmeldegebühr an den geänderten Preis des IIB-Berichts angepasst werden muss.

Ein weiteres Argument wäre möglicherweise, dass bei einem Wegfall der getrennten Recherchegebühr die einheitliche Anmeldegebühr zu hoch festgesetzt werden müsste. Aber auch dieses Argument ist nicht stichhaltig, weil der Betrag der einheitlichen Anmeldegebühr niedriger, wahrscheinlich sogar sehr viel niedriger sein könnte als die beiden Gebühren zusammen, die in jedem Fall innerhalb verhältnismässig kurzer Zeit fällig würden.

Die Länder, die Patentanmeldungen prüfen, haben niemals die Erhebung einer getrennten Recherchegebühr als notwendig betrachtet. Gewiss gibt es Ausnahmen, insbesondere in Deutschland und in den Niederlanden, aber in diesen Ländern ist die Einführung der getrennten Gebühr dadurch gerechtfertigt, dass die Recherche nicht obligatorisch ist, sondern allein vom Willen des Anmelders abhängt, der eben durch die Zahlung der getrennten Recherchegebühr diesen seinen Willen kundtut. Beim europäischen Patent ist die Recherche dagegen stets obligatorisch, so dass dieses Argument nicht zutrifft.

Der Wegfall der getrennten Recherchegebühr hat ferner Vorteile in den Fällen, in denen eine zusätzliche Recherche notwendig ist. Es handelt sich hier um die Fälle im Sinne des Artikels 137 Absatz 2. Selbstverständlich wird das IIB zu Recht eine bestimmte Gebühr für derartige ergänzende Berichte fordern. Die Frage, ob es gerechtfertigt ist, den Anmelder eine solche Gebühr tragen zu lassen, ist aber noch nicht zu voller Zufriedenheit gelöst worden. Man umgeht diese Schwierigkeit, wenn man die getrennte Recherchegebühr fallen lässt. Dann braucht keine Zusatzgebühr mehr gefordert zu werden, natürlich ausser im Falle der Nichteinheitlichkeit der Anmeldung im Sinne von Artikel 79 Absatz 5.

Es sei bemerkt, dass auf der Tagung der Konferenz der sieben Länder im April 1970 der Wegfall der getrennten Recherchegebühr gefordert wurde. Diesen Standpunkt haben kürzlich die FICPI (Dok. BR/45/70), die EIRMA (Dok. BR/64/70), die Internationale Handelskammer (Dok. BR/65/70) und die CNIPA (Dok. BR/74/70) bekräftigt.

Dieses Problem ist zweifelsohne von grundlegender Bedeutung für das europäische Patent. Die Arbeitsgruppe I muss daher eine Entscheidung in diesem Punkt treffen, indem sie entweder die einheitliche Anmeldegebühr akzeptiert oder der Konferenz der sieben Länder eine Alternativlösung unterbreitet. In beiden Fällen käme folgender Wortlaut in Frage:

Artikel 79: An Stelle der Absätze 1-3 würde eine Variante mit folgendem Wortlaut gewählt (der einfach aus den ersten drei Zeilen von Absatz 1 und den fünf letzten Zeilen von Absatz 3 unter Wegfall von Absatz 2 besteht ⁽¹⁾):

(1) Ergibt die Prüfung, dass die Erfindung und die europäische Patentanmeldung den bei der Prüfung zu berücksichtigenden Erfordernissen genügen, so holt die Prüfungsstelle unter Ueber-

(1) des Textes des gedruckten Vorentwurfs von 1970

sendung der Unterlagen der europäischen Patentanmeldung einen Bericht über den Stand der Technik beim Internationalen Patentinstitut in Den Haag ein.

Artikel 81 Absatz 5: Folgender Satz ist hinzuzufügen:

Gegebenenfalls wird der Gesamtbetrag dieser Gebühren um die auf Grund von Artikel 79 Absatz 5 gezahlte Zusatzgebühr vermindert.

Artikel 137: Die Absätze bis sind zu streichen.

II. Wird die einheitliche Anmeldegebühr angenommen, so erhebt sich die weitere Frage, ob die Beibehaltung von Artikel 122 des Vorentwurfs noch sinnvoll ist.

Artikel 122 stellt den Grundsatz auf, dass der internationale Recherchenbericht an die Stelle des Berichts der IIB tritt. Dieser Grundsatz geht sehr weit und geht weit über die Verpflichtungen hinaus, die der PCT selbst enthält. Noch schwerwiegender ist, dass eine solche offizielle Erklärung zu einem Zeitpunkt erfolgt, zu dem noch kein anderer der am PCT beteiligten Staaten eine Erklärung in diesem Sinne abgegeben oder auch nur die Absicht dazu bekundet hat.

Eine Streichung des Artikels 122 dürfte indessen nicht notwendig sein. Der Grundsatz ist an sich richtig, und man kann hoffen, dass das gute Beispiel Nachahmung finden wird. Man kann sogar hoffen, dass zu gegebener Zeit Abkommen zwischen den PCT-Recherchenbüros geschlossen werden, die ihre Zusammenarbeit und die Harmonisierung ihrer Verfahren gewährleisten. Es wäre daher klug, einer solchen äußerst wünschenswerten Entwicklung Rechnung zu tragen, indem man die Möglichkeit eröffnet, die Anmeldegebühr für internationale Anmeldungen in einem gewissen Umfang herabzusetzen. Dies könnte auf folgende Weise geschehen:

Artikel 122: Es ist ein Absatz 3 mit folgender Fassung hinzuzufügen:

(3) Die Anmeldegebühr für eine europäische Patentanmeldung, die aus einer internationalen Anmeldung im Sinne von Artikel 2 des Zusammenarbeitsvertrags hervorgeht, kann um einen angemessenen Satz gekürzt werden, wenn ein Abkommen über die Gebühren für internationale Recherchen oder Recherchen internationaler Art zwischen dem Europäischen Patentamt und den Staaten geschlossen wird, deren Behörden mit internationalen Recherchen nach Artikel 15 des Zusammenarbeitsvertrags beauftragt sind.
